

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees / Plattform proSV  
1070 Wien, Stiftgasse 8, Kontakt: oesolkom@gmx.at Web: <http://proSV.akis.at>

## Gedanken zum 1. Mai 2012

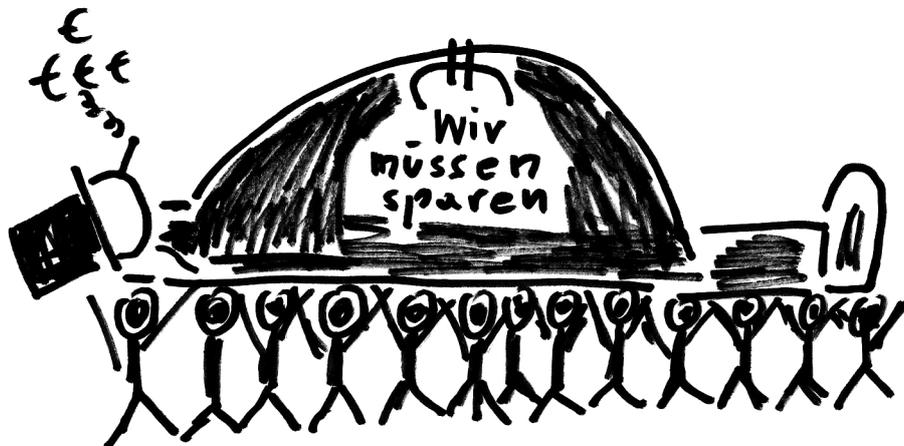
# Nach dem Crash ist vor dem Crash

**Man könnte glauben - und so unrecht werden die vielen, die das annehmen nicht liegen - die Medien, die Politik, die Bonzen und Bosse leben auf einem anderen Stern.**

Da wird der Konjunkturaufschwung verkündet und gesagt, dass es uns wieder besser gehe. Ja, der Wirtschaft geht's gut - aber uns arbeitenden Menschen? Mieten, Lebensmittelkosten, Tarife steigen und steigen. Die wirkliche Inflation, also der tagtägliche Geldraub bei den arbeitenden Menschen beträgt rund 10 %, also nach einem Jahr sind 100 Euro nur mehr 90 Euro wert. Die rund 3% von den Gewerkschaften erreichten Lohnerhöhungen sind besser als gar nichts, aber bei weitem kein Ausgleich und schon gar nicht ein gutes Ergebnis, wie von den ÖGB-Spitzen verkündet wird.

### AUA ALS VORWARNUNG

Die Auseinandersetzung bei der AUA - es geht längst nicht mehr um die hoch dotierten Gehälter der Piloten - zeigt was sich auch in anderen Bereichen, aber nicht so sichtbar, abspielt: Runter mit der Bezahlung, länger arbeiten, weniger verdienen. Auch bei den Lehrern, also bei der Bildung, die ja für die Zukunft unserer Kinder so wichtig sein soll, wird gespart. Oder beim Spirit: Die Konzerne schreiben Supergewinne wie noch



### Das müssen wir uns ersparen!

nie, aber die Masse der Bevölkerung, die auf's Auto angewiesen ist, weil der öffentliche Verkehr immer mehr ausgedünnt wird, soll immer höhere Treibstoffpreise hinnehmen. Was sich bei der AUA abspielt, ist deutsche Großmannssucht in Reinkultur. Und diese „harte deutsche Linie“, sprich Kapitalistenpolitik, soll, wie schon bei Griechenland, zugunsten der Konzernbosse und auf dem Rücken der arbeitenden Bevölkerung „durchgezogen“ werden. Kostet es was es wolle. Egal ob sich da wie in Griechenland, Spanien oder Italien Massenarbeitslosigkeit (30 bis 50 % der Jugendlichen!) oder Selbstmorde breit machen, egal ob sich bei uns vom Arbeitsamt gemobbte Arbeitslose das Bein absägen ... Die Bosse und Bonzen verlangen unseren Schweiß und unser Blut. Macht nichts, Hauptsache der Profit stimmt. Kirche, religiöse Sekten, schwindlige Parteien wie z.B. die „Piraten“ oder Strache werden dann von den Medien hochgespielt, um die Menschen einzufangen, deren Wut zu beruhigen und sie letztlich wieder zur Kasse zu bitten oder weiter zu unterdrücken, wie ja schon Blau-

SPÖ in Koalition. Und so scharrt mit Unterstützung der herrschenden Politik und der Unternehmerangriffe auf die arbeitenden Menschen ein Strache in den Starlöchern und hat Chancen noch stärker zu werden mit seiner menschenverhetzenden faschistoiden Politik im Dienste der Unternehmer.

Von den SPÖ-Spitzen ist in dieser Situation nicht viel zu erwarten als Hilfe für die arbeitenden Menschen. Aber auch die Gewerkschaftsführung greift die Unternehmer nicht an, kämpft nicht wirklich Seite an Seite mit den jeweils Beschäftigten. Nach großem Theaterdonner wird gegen die echten Angriffe der Unternehmer meist eingelenkt, ein paar Prozent herausverhandelt und ansonsten den Angriffen nichts entgegengesetzt.

### OHNE KAMPF WERDEN DIE REICHEN NUR NOCH REICHER

Schon vor der Weltwirtschaftskrise 2008 und erst recht danach haben Finanzmagnaten durch riesige Spe-

Schwarz gezeit und jetzt durch den Korruptionsuntersuchungsausschuss zu Tage tritt. Interessant, dass auch in den Medien diejenigen, die am meisten Dreck am Stecken haben - FPÖ und BZÖ - bislang glimpflich wegkommen. Auch die ÖVP wird geschont, ist sie doch mit der

kulationen Milliarden Gewinne gemacht.

11 Jahre lang waren die Zinsen für europäische Staatsanleihen auf annähernd gleichem Niveau. Ab Dezember 2009 stiegen sie erst für Griechenland, 2010 für Irland, Portugal (über 10%) und 2011 auch für Spanien, Italien (über 5%). Vorangetrieben wurde diese Verschuldung durch das Wechselspiel zwischen der Bonitätsherabstufung durch die US-Ratingagenturen und der Spekulation mit den sog. „Credit default swaps“ (CDS).

## CDS

Mit diesen Finanzprodukten kann man auch darauf wetten, dass sich die Bonität eines Staates verschlechtert, ohne die Staatsanleihen zu besitzen! Je mehr man darauf spekuliert, umso mehr steigen auch die CDS-Prämien und damit auch der Wert der zu niedrigen Prämien abgeschlossenen CDS. Durch diese Milliardenspekulation (haben die großen Kapitalgruppen wieder ihre Profite vergrößert und damit) hat die Verschuldung der Staaten in Europa um ein Drittel (33%!) zugenommen. (Quelle: Stefan Schulmeister: Endspiel um den Euro - Die Presse 18.06. 2011)

## REGIERUNGEN - DIENER DER BANKEN

Ende 2007 erreichte das Volumen von CDS-Verträge schon fast 60.000 Milliarden Dollar, Mitte 2011 noch immer ca. 32.000 Milliarden Dollar, Tendenz steigend.

Die europäischen Regierungen könnten der Spekulation auf Staatsanleihen einen Riegel vorschieben, z.B. durch Ausgabe von Krediten zu 1% direkt an die Staaten, das tun sie nicht. Sie fungieren wie immer, als direkte Diener der Banken und ihrer Auftraggeber und liefern unsere Staatshaushalte (also uns!) völlig den riesigen Geschäften einer Handvoll von Großinvestoren und Spekulanten aus. Diese bestimmen, wo es lang geht.

## MÜSSEN WIR SPAREN UND OPFER BRINGEN?

Schon in den letzten Jahren hieß es: Wir müssen sparen und Opfer bringen.

Beim letzten Budget in Österreich

(2010) kam es zu massiven Kürzungen für Arbeitende, Familien, Pflegebedürftige, bei Schulen, Sozialeinrichtungen usw. Die Masse der Bevölkerung wurde um weitere 11 Milliarden Euro bis 2014 geschröpft. Die Gewinne der Aktionäre stiegen!

Die Verschuldung der privaten Haushalte bei den untersten Einkommen nahm weiter zu. In den österreichischen

Gemeinden sind schon 2009 u. 2010 die Gelder für die kommunalen Dienstleistungen um 18% gesenkt worden, d.h. Gelder für den Erhalt von Schulen und Kindergärten, Wasserversorgung, für Freizeit, Kultur usw. fehlen.

## „SCHULDENBREMSE“ - WOZU UND FÜR WEN?

Eine sog. Schuldenbremse muss her. Mindestens 26 Milliarden € sollen in den nächsten 5 Jahren auf Kosten der Bevölkerung eingespart werden. Unter dem Vorwand der Ausgeglichenheit wurden hauptsächlich Kürzungen bei den Pensionen, im sozialen Wohnbau, im Gesundheitswesen beschlossen! Die wirklich Reichen trifft es wieder nicht, selbst eine österreichische Finanztransaktionsteuer kommt nur, wenn sie EU weit beschlossen würde. Und sie wäre auf höchstens 0,1% bei Aktien, bei Derivaten gar nur 0,01% geplant. Weder die Anhebung der Einheitswerte, noch eine Erbschaftsteuer bzw. Vermögenssteuer wurden beschlossen. (Eine Vermögenssteuer von 1% auf das Finanzvermögen der Superreichen würde mindestens 5 Milliarden Euro! bringen). Die SP-Regierenden sind wieder einmal Erfüllungsgehilfen für „die oberen Zehntausend“. Das Sparpaket wird den Lebensstandard der Menschen weiter senken, letztlich die Arbeitslosigkeit fördern. Sparen will der Staat weiters noch mehr bei Investitionen im Öffentlichen Verkehr, beim Umweltschutz, bei Bildung und Kindererziehung, also bei Investitionen in die Zukunft. Die Politik und die Medien behaupten tagtäglich, wenn wir nicht sparen, dann wird die Krise noch schlimmer, Arbeitslosigkeit, Armut drohe uns und wir würden die Zukunft unser Kinder aufs Spiel setzen. Was für eine schamlose Lüge! Das Gegenteil ist wahr. Ihre Politik, ihre Wirtschaft treibt uns in die Krise!

Wahr ist, sie wollen auf unsere Kosten sparen, damit sich ihr Reichtum weiter vermehrt. Sie gefährden unsere Lebensgrundlagen, sie setzen die Zukunft unserer Kinder aufs Spiel!

## „BEZAHLT WIRD NICHT“ - SCHADET NICHT!

R. Skidelsky, (Mitglied des britischen Oberhauses u. emeritierter Prof. f. politische Ökonomie - Warwick University) bestätigt, was schon andere Experten vor ihm ausgeführt haben:

„Es passiert nichts, wenn Staaten ihre Schulden nicht zurückzahlen. Das ist schon oft passiert. (z.B. in den USA, Argentinien usw.) ... Regierungen müssen ihre Schulden, zum Unterschied von Privatpersonen, nicht zurückzahlen ... Falls ihre (ausländischen) Kreditgeber sie zu sehr unter Druck setzen, stellen sie einfach die Zahlungen ein. Nach einem Zahlungsausfall geht das Leben ziemlich genauso weiter wie vorher! (einige Milliardäre hätten Verluste!) Eine Staatsverschuldung führt nicht zu einer Nettobelastung für zukünftigen Generationen. (Im Gegenteil): Der Versuch sie abzubauen, stellt tatsächlich eine Nettobelastung künftiger Generationen dar!“ (Robert Skidelsky: der Standard.at / Schuldendilemma-Ein-Königsweg-der-nur-zur-Neubelastung führt.)

Das heißt, das Sparen auf Kosten der Bevölkerung führt zur Belastung aller und reduziert unser Einkommen ebenso wie auch das unserer Kinder - Sparen für die Zukunft wird so eine Illusion. Die Regierung könnte die Banken verstaatlichen, die dann an die Menschen das Geld zu leistbaren Zinsen verborgen. Dazu wären ja Banken ursprünglich da.

## „SCHULDENBREMSE“ HEISST SOZIALABBAU

Die Schuldenbremsen haben u.a. die Funktion, die Lohn- und Sozialkosten für die Unternehmer zu senken, den Arbeitsmarkt noch flexibler zu machen, womöglich alle Kosten auf die Masse der Bevölkerung abzuwälzen. Für die europäischen, vor allem für die deutschen Unternehmer heißt das ja z.B. in Griechenland, dass sie sich wichtigste Teile der griechischen Wirtschaft, der Energie-Ressourcen, Häfen usw. billigst aneignen können, dass die „Ware“ Arbeitskraft so billig wie noch nie wird (Senkung des monatlichen Mindestlohns von 751 € auf 568 €) und es zur Verschleuderung des gesamten Volksvermögens kommt und Griechenland ins-

gesamt in eine neokolonialistische Abhängigkeit gerät. Nun kommt es auch schon in anderen EU-Ländern, wie Irland, Portugal, Spanien, Italien durch die sog. Staatsschuldenkrise, die ja gleichzeitig ein riesiges Profitfest für die großen Kapitalgruppen ist, zum billigsten Ausverkauf ihrer Ressourcen, ihre Unternehmen.

**„Des Einen Leid“, das sind die Millionen Menschen in Europa, die noch mehr zum Handkuss kommen, noch mehr Opfer bringen sollen, „des Andren Freud“, das ist die Handvoll der Milliardäre u. ihrer Handlanger.**

Unterordnen unter das Diktat der EU – das sei Österreichs einziger Ausweg aus der Krise! Das hören wir bald täglich. Oder auch: Nur Deutschland mit seiner starken Wirtschaftskraft könne uns retten. Das wird überhaupt oft als Rezept für die EU verkauft?

## WUNDERSAME PROFITMEHRUNG

Die EU hat sogar in ihren Satzungen das Prinzip, dass das private Kapital Milliarden Euro auf Kosten des Staates, also unserer aller Steuern, verdienen muss! Der Paragraph 123 im EU-Vertrag von Lissabon lautet: Verbot von Zentralbankkrediten (EZB, nationale ZB) an öffentliche Organe (Art. 123, VAE). Im Klartext ist dies das Verbot für unsere eigene Nationalbank, direkt vom Staat österreichische Staatsanleihen zu kaufen. Das heißt, laut EU-Recht dürfen sich die Staaten nicht billig Geld von ihren Notenbanken verschaffen, sondern müssen (!) das Geld von den Großbanken, d.h. von den großen Finanzkapitalgruppen ausborgen, denen sie es erst zu niedrigsten Zinsen geliehen haben. Ein riesiges Geschäft für die Banken! Das gesamte EU-Recht dient dem Kapital und seinem grenzenlosen Profit und nicht den Menschen. Natürlich könnte ein Staat solche Gesetze, wenn es den politischen Wille gäbe, ignorieren. Sowohl die US-Notenbank als auch die Britische u. Japanische Notenbank taten dies – nicht für deren arbeitende Bevölkerung, sondern natürlich für ihre jeweiligen Kapitalisten im Konkurrenzkampf gegenüber dem jeweils anderen bzw. den EU-Kapitalisten mehr zu profitieren.

## SPAREN FÜR DIE REICHEN

Im Jahr 2009 betrug die Verzinsung für die österreichische Staatsschuld 6,718 Mrd. Euro, die gesamte Staatsschuld 168,715 Mrd. Euro. Hätte Österreich seine Anleihen direkt an

die EZB bzw. Österr. Nationalbank (ÖNB) verkauft, hätte man sich 4,6 Mrd. Euro der 6,718 Mrd. Euro erspart! Beim Budgetdefizit 2010 hätte man sich von den 9,6 Mrd. Euro ca. die Hälfte erspart, es wären 4,6 Mrd. Euro übergeblieben. Da wären dann 2009 u. 2010 insgesamt schon 9 Milliarden übrig geblieben, schon über 1/3 der 26 Milliarden, die man jetzt bei uns durch die Sparmaßnahmen der sog. „Schuldenbremse“ einkassieren will.

Im Übrigen zahlt allein der Bund 2012 für seine ca. 200 Milliarden Euro Schulden ca. 9 Milliarden Euro Zinsen, zu 97 % ist Österreich dabei im Ausland bei Finanzmilliardären und Banken verschuldet!

## GELDKARUSSEL

Die EZB hat jetzt 2012 weitere Gelder für die Banken bereitgestellt! Die Banken können nun wieder 3 Jahre lang unbegrenzt Kredit aufnehmen! Sie bekommen so viele Milliarden wie sie brauchen, zum Zinssatz von 1,25%. Knapp 490 Milliarden haben sie schon 2011 erhalten. Ca. weitere 500 Milliarden, so schätzt die Deutsche Bank, werden nun in der 2. Runde von der EZB an die Banken vergeben! Das Geld verleihen diese dann an ihre Staaten z.B. zu 4% und höher bzw. an den kleinen Kunden zu 7%, 8%, 10% und mehr. Ein todsicheres Geschäft! Schon 2009 hatten sich die europäischen Banken 442 Milliarden Euro von der EZB ausborgt. Die Bankenbesitzer u. ihre Großkunden freuen sich auf weitere riesige Gewinne. Die

Staatsschulden wurden durch die Spekulation der schwerreichen Investoren herbeigeführt. Nun verdienen sie wiederum an deren Rückzahlung. Wir zahlen dann das Defizit! Diese von der EZB vergebenen Milliarden, bergen, so die Presse 2.2.2012 „erhebliche Risiken.“ „Denn die Banken „hinterlegen als Sicherheiten meist wieder Staatsanleihen bei der EZB. Kommt es zu Zahlungsausfällen, müssen sich die Notenbanker etwas einfallen lassen.“ Das heißt für uns, wenn die Banken die Milliarden nicht zurückzahlen können - z.B. weil die Staatsanleihen – wegen der CDS Spekulation in den Keller rutschen, sind wir, die Steuerzahler, wieder „dran“. Die EZB stellt also den Banken und ihren Aktionären Milliarden für weitere Geschäfte zur Verfügung.

## EFSF UND ESM

Zusätzlich zu diesen Milliarden beschloss der Europäische Rat schon 2010, im Zuge der Diskussion um den sog. Euro-Rettungsschirm, die Gründung des EFSF (Europäische Finanzstabilisierungsfazilität), der schon 750 Mrd. € an die Banken billigst verborgte. Nun soll ab Mitte 2012 sein Nachfolger der ESM dieses „gute Werk“ fortführen. Schon beim EFSF sagte der Chef des deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (ifo) Hans-Werner Sinn: *Das 750 Milliarden Euro-Rettungspaket „helfe vor allem auch den Banken, die in Griechenland investiert hätten – also den Spekulanten. Diese hätten auf die Rettung gedrängt, weil der Marktwert der Wertpapierforderungen gegenüber Schuldenländern weiter zu fallen drohte.“* (Presse: 21.5.2010)

## WO GEHT DAS GELD HIN?

Rechnet man die Hilfspakete für die Banken aller europäischen Länder zusammen, so wurden schon 1,7 Billionen Euro an Steuergeldern der EU-Bürger bereitgestellt. Da geht das Geld hin! Der ESM 2012 ist derzeit schon mit weiteren 500 Milliarden Euro (an Steuergeldern der EU-Bürger) ausgestattet und es wird sogar von noch einer weiteren Aufstockung bis auf 1,5 Billionen gesprochen!

Und die Regierungen in Europa? Sie kümmern sich nicht um den „Volkswillen“, sondern agieren als willfährige Diener des Finanz-

### UNTERNEHMERSCHULDEN

#### BEI DER STEUER!

**1.400 MILLIONEN EURO**

kapitals. Euro-Länder bekommen also vom EFSF Gelder. Der ist aber ebenso wie der ESM, kein staatlicher Fond, sondern eine privatrechtliche, anonyme Gesellschaft, in die Kapitalgruppen privat investieren können und dafür Zinsen bekommen, momentan 3,5 % – das ist doppelt so hoch wie bei deutschen Staatsanleihen! Auch der EFSF hat derzeit ein AAA-Rating, auch gegen ihn kann man spekulieren! Der EFSF ist also von seiner Konstruktion her wieder nichts weiter als eine Bank!

## UNGEDECKT

Ein weiterer Aspekt, der den Banken und ihren Kunden ungeheuer riskante d.h. spekulative Geschäfte ermöglicht, ist die Tatsache, dass die europäischen Banken „immer-

hin neun Billionen (9.000 Milliarden Euro) an Einlagen verwalten. Dem stehen aber ihre Bankguthaben bei der EZB von nur rund 260 Milliarden Euro gegenüber. Mit dem Bargeld, das die Banken bei der Zentralbank abheben können, können sie also nicht einmal ein Dreißigstel der Einlagen auszahlen. Das ist auch von der Zentralbank so abgesegnet, denn die Banken müssen im Euro-Raum nur absurd niedrige zwei Prozent der Kundeneinlagen in Reserve halten. Die restlichen 98 Prozent können sie verleihen. Und wenn das Geld wieder auf einem Bankkonto landet, können sie erneut 98 Prozent davon wieder verleihen, so lange, bis der Wert der zusätzlich geschaffenen Bankguthaben auf maximal das 50-Fache der ursprünglichen Kundeneinlage angewachsen ist. (...) Für die knapp neun Billionen Euro an Guthaben, welche die Banken mit einem Federstrich geschaffen haben, bekommen sie, wenn sie eine Zinsmarge von einem Prozent schaffen, 90 Milliarden Euro Zinsen. Das macht den Reiz des Systems aus". (P.Schreyer: Geld aus dem Nichts - 18.12.2011. [www.heise.de/tp/artikel/36](http://www.heise.de/tp/artikel/36))

Das heißt, **die Banken können 50-mal soviel Geld verleihen, als sie haben!**

Das trägt schon ein ungeheueres Risiko für einen Crash in sich! Und wer zahlt das dann?? Doch so läuft das bei den Reichen: sie vermehren ihr Vermögen z.B. um 90 Milliarden mit dem Verborgenen von Geld, das sie gar nicht haben und wir tragen das Risiko und finanzieren dann jegliche Ausfälle mit unseren Steuern. Übrigens hat der neue Chef der EZB, der frühere Goldman&Sachs-Banker M. Draghi, im Dezember 2011 die Mindestreserve der Banken von zwei auf ein Prozent gesenkt! Dadurch wurden noch weitere ca. 100 Milliarden Euro für die profitablen Geschäfte der Banken verfügbar!

## BANKPROFITMAFIA

Ein Großteil der Milliarden-Spekulationsgeschäfte scheint nirgendwo offiziell auf.

Dazu die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ-net 28.9.2011):

„Im ersten Halbjahr 2009 belief sich das Volumen des nicht an der Börse getätigten Derivathandels (Spekulationsgeschäften) auf der Welt nach Schätzungen auf 414 Billionen

Dollar (= 414.000 Milliarden). Fällt bei solchen Geschäften ein Partner aus, gibt es bisher keine umfassende Absicherung. Das kann den gesamten Finanzmarkt erschüttern - wie bei der Insolvenz der amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers 2008.“

## GELD IST GENUG DA - ABER UNGERECHT VERTEILT

Laut einer WIFO Berechnung brächten 0,05% europäische Finanztransaktionssteuer auf alle Transaktionen u. Derivate 310 Milliarden Euro im Jahr. D.h. das WIFO geht von 620.000 Milliarden Euro aus! Bei 1% Steuer wären das 6.200 Milliarden Euro, das würde schon zwei Drittel (66%) aller europäischen Staatsschulden von 8.000 Milliarden Euro decken. So einfach ginge das und doch - das passiert seitens des Kapitals und seiner Diener freiwillig nie! Geld ist soviel da, dass niemand mehr sich um seine Existenz sorgen bräuchte. Doch es landet bei dem 1% der Superreichen und dem Volk fehlt es.

## WER LEBT ÜBER DIE VERHÄLTNISS?

Auch in Österreich ist die Umverteilung des Geldvermögens in den letzten 10 Jahren noch stärker zugunsten der Reichen und Superreichen erfolgt.

Heute besitzen 0,1 % (3.400 Haushalte) der Österreicher mehr als 8% des Brutto-Geldvermögens, das

ist genauso viel wie die gesamte untere Hälfte (1,8 Millionen Haushalte). **Die obersten 10% besitzen heute ca. 65% des Geldvermögens!** Die Zahl der Millionäre in Österreich betrug 2011 74.000, ihr Vermögen stieg um über 10% auf 550 Milliarden €. Das Finanz- u. Immobilienvermögen beträgt ca. 1.400 Milliarden, 25% davon besitzen die obersten 1% (Quelle: Arbeiterkammer)

**Das Volk jedoch zahlt:** 73% der Steuereinnahmen kommen aus der Lohn- und der Mehrwertsteuer! Dabei sind die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten bei uns seit dem Jahr 2000 real um 10% gesunken. Die Lohnquote in Österreich hat sich in den letzten Jahren stetig verringert: Betrug sie im Jahr 2000 noch 61%, so 2008 nur noch 56% des Volkseinkommens!

Nicht wie wir „leben über unsere Verhältnisse“, wie uns heute tagtäglich die Politiker und die Finanzfachleute einreden wollen. **Die Superreichen, sie leben auf unsere Kosten, sie leben über unsere Verhältnisse, und bedrohen unser aller Lebensstandard, ja unsere Existenzgrundlage!**

Die EU will man uns oft als Gemeinschaftsprojekt zum Wohle aller, als Demokratie und Fortschrittsprojekt verkaufen! Das Gegenteil ist wahr. Mehr denn je werden durch das Diktat der EU-Oberen und ihrer Hintermänner Arbeitsrecht, Sozialrecht und die Grundlagen der Demokratie abgebaut.

## VON DER KRISE IN DEN KRIEG?

Schon die Weltwirtschaftskrise 2008 mit der Pleite der US-Investmentbank Lehman Brothers diente nach Ansicht von Fachleuten dem US-Finanzkapital auch dazu, das europäische Finanzkapital, d.h. die europäischen Banken und Aktiengruppen, die eine starke Konkurrenz für die USA sind, auf den Finanzmärkten zu schwächen. Damals haben die drei größten globalen Finanzriesen Citigroup, JP Morgan Chase und Goldman Sachs auch schon über längere Zeit die europäischen Banken mit hochriskanten Wertpapieren geködert. Das hat u.a. im Anschluss an die Krise 2008 auch die Kurse größerer europäischer Unternehmen zum Sinken gebracht, sodass diese dann auf den Börsen von Investoren billiger zu erwerben waren.

## USA FÜHREN (WIRTSCHAFTS)KRIEG

Die Supermacht USA führte auch in den letzten 3 Jahren weiterhin gegen ihre schärfsten Konkurrenten, die großen EU-Staaten, Krieg auf wirtschaftlichem Gebiet, auch die sog. Schuldenkrise ist ein Ausdruck dafür. Die Milliarden-Spekulation vor allem vom US-Finanzkapital gegen europäische Staatsanleihen schwächt die Euro-Zone. US-Finanzminister Geithner verlangt auch offen von der EU, den Rettungsschirm für die Banken (= für ihre Großkunden) unbegrenzt auszuweiten.

Wirtschaftlich ist Europa schon Nr.1 (!) auf der Welt, das Jahresbruttonationalprodukt der EU-Staaten ist schon höher als das der USA. Die USA spielen die europäischen Staaten gegeneinander aus, schließen mit einzelnen Staaten Abkommen, wie z.B. mit Polen, das in der NATO Mitglied ist und den US-Raketenschirm aufstellen lässt und anderen

früheren „Ostblockstaaten“. Sie weiten in ihrem Kampf um Einflussphären und Rohstoffquellen, den Einfluss des Dollarblocks aus und versuchen auch die Kooperation zwischen Europa und Russland bzw. China, den größten und stärksten Staaten zu torpedieren. Die USA führen aber nicht nur Wirtschaftskrieg. Sie setzen gleichzeitig überall in der Welt auf Krieg um ihre Vorherrschaft auszubauen.

Militärisch ist die USA die einzige Supermacht. Sie kurbeln immer mehr ihre angeschlagene Wirtschaft über Kriege an. Das Militär ist schon lange der weitaus größte Arbeitgeber des Landes und die Rüstungsindustrie ist einer der am besten florierenden Wirtschaftssparten. Und: 90% der Rüstungsgüter kauft der US Staat!

## GEGEN RUSSLAND UND CHINA

Unter dem Vorwand für Demokratie, Menschenrechte, freier Warenverkehr, für die Werte des freien Westens einzutreten, nehmen sich die USA das Recht, jedes ihnen nicht genehme Regime zu stürzen. Das war im Irak so (ca. 1 Million Tote Iraker), in Libyen, das ist in Afghanistan so und zunehmend im Iran. Und wo immer sich Menschen erheben, wo Unmut und Widerstand zunimmt, dort versuchen sie die Bewegungen für sich zu vereinnahmen und ihnen die Spitze zu nehmen, siehe z.B. beim arabischen Frühling. Hauptziel ihrer Pläne sind ihre zwei letzten großen Konkurrenten, Russland und China! Die Regierung Obama spricht zwar vom Sparen beim Militär, doch wenn überhaupt wäre das Sparen auf hohem Niveau, geplant sind ca. 35 Milliarden pro Jahr auf 12 Jahre, bei einem derzeitigen Jahresbudget von ca. 700 Milliarden Dollar (exklusive der Kosten für den Irak und Afghanistan) Doch die neue US-Militärdoktrin bedeutet vor allem eine Umgruppierung und Verstärkung der Kräfte und Mitteln bei Marine und Luftwaffe. Diese Strategie heißt Air-Sea Battle. Das bedeutet eine „verstärkte Kooperation von See und Luftstreitkräften...“, um den Feind aus größtmöglicher Entfernung k.o. zu schlagen. Beobachter gehen davon aus, dass diese Schlachtordnung nur ein Ziel haben kann: Chinas Volksbefreiungsarmee“. (Die Presse: 5.1.2012)

Die jüngste Erfolgsmeldung Indiens, das die Atombombentechnologie von den USA frei Haus geliefert bekam, nunmehr im „Club der atomar bestückten Langstreckenraketen“ (5.000 km Reichweite) „mitreden“

zu können, geht in die gleiche Richtung: die erreichbaren Angriffsziele gehen vom mittleren Osten bis v.a. Russland und China.

## DIE GROSSEN EU-STAATEN ...

... an der Seite der USA und in Konkurrenz zur USA. Doch die großen EU-Staaten sind längst auch dabei, militärisch aufzurüsten, um bei den Verteilungskämpfen um Rohstoffquellen, Einflussphären mitzumischen und auch so ihre Profite zu sichern. **Sie setzen auch immer mehr auf Krieg!**

Sie haben sich die sog. „battle groups“ geschaffen, die EU-Eingreiftruppe für globale Kriegseinsätze. Schon insgesamt 70.000 Soldaten waren in 22 Einsätzen. Die EU-Staaten bekennen sich auch offen dazu, Kriege für die multinationalen Konzerne zu führen. In ihrer „Strategie-Studie“, der offiziellen Stellungnahme der EU, schreibt der frühere Leiter der EU - Sicherheits- u. Außenpolitik J. Solana:

*„Die EU hat sich zu einem Akteur mit globalem Machtanspruch entwickelt u. muss dazu die militärischen Mittel bereitstellen.“...„Wir müssen über das Personal und die Kapazitäten, sowohl zivil als auch militärisch verfügen, diese politischen Ambitionen zu verwirklichen ...“*

Und T. Ries, ein weiterer Autor der Studie, schreibt, dass in der Welt 2 Gruppen herrschen:

*„Die erste Gruppe sind die transnationalen Konzerne. (TNK), die 1000 größten Vermögen, die 0,1% der Weltbevölkerung ausmachen!“ (Das ist das Finanzkapital) „Die zweite Gruppe sind die OECD Staaten, das sind die EU-Staaten, USA, Kanada, Australien und Japan...Sie müssen mit den transnationalen Konzernen eine symbiotische Beziehung finden ... Sie haben größere ...Macht als je zuvor. Doch sie (die TNK) brauchen den Staat und der Staat braucht sie.“ ... „Die Nr.1-Priorität der EU ist der Schutz des globalen ... ökonomischen Flusses“... „Sie muss den Fluss der transnationalen Ströme sichern und gegenüber den Staaten, die sich dem entgegenstellen, kann es zur direkten militärischen Konfrontation kommen.“..... „Diese entfremdeten modernen Staaten sehen unser globalisiertes System als Bedrohung“...„Die Aufgabe ist es, sie soweit wie möglich umzudrehen“...„Das wird Kapazitäten für harte Machtausübung erfordern.“... „Zu diesen Staaten zählen Nordkorea, Burma und wenn auch noch*

mit Fragezeichen Russland.“ (Link zur Strategiestudie:

[www.iss.europa.eu/uploads/media/What\\_ambitions\\_for\\_European\\_defence\\_in\\_2020.pdf](http://www.iss.europa.eu/uploads/media/What_ambitions_for_European_defence_in_2020.pdf)

## KRIEG BRAUCHT RÜSTUNG, RÜSTUNG FÖRDERT KRIEG

Auch im Rüstungssektor wird Europa immer mehr zum Konkurrenten der USA. Deutschland ist schon der drittgrößte Rüstungsexporteur der Welt. Die EU-Rüstungsausgaben betragen 2010 382 Milliarden! Und die EU-Staaten sind mit einem Anteil von 34% auch 2010 wieder Rüstungsexportweltmeister (USA 30%, Russland 23%) Die EU hat sich im Vertrag von Lissabon, Protokoll 10, auch eine Aufrüstungsverpflichtung für alle Mitgliedstaaten gegeben. Europas Völker sollen wieder für Großmachtinteressen und deren Profite in Kriege ziehen – unter dem Vorwand für Menschenrechte und Frieden einzutreten.

## AUCH ÖSTERREICH IST DABEI

Österreich soll dabei, wenn es nach dem Willen der Herrschenden geht, als EU-Mitglied im Rahmen der neuen EU-Kriegstruppen, der „battle groups“ mitmachen und ab Mitte 2012 die gesamte Versorgung einer battle group der EU von 2.500 Mann übernehmen. Wegen dieser offensiven Kriegseinsätze haben unsere Machthaber auch die Eurofighter gekauft, Kosten inklusive Betriebskosten mindestens 7 Milliarden Euro aus unseren Steuern auf 20 Jahre. Deswegen soll das Berufsheer kommen, wird die Neutralität ignoriert und soll stillschweigend entsorgt werden. Das dürfen wir nicht zulassen! Unsere Neutralität ist gerade in dieser immer kriegerischer werdenden Welt die Chance für unser Land: Die Erhaltung bzw. Verteidigung der Neutralität sowie die Kooperation Österreichs mit anderen Neutralen ist ein Beitrag zum Frieden!

## GEFÄHRLICHE LÜGEN ÜBER DIE EU

SP-Kanzler Faymann bzw. die ÖVP wollen uns, ebenso wie die EU-Chefs, weismachen, die EU sei eine Solidargemeinschaft, ein Bollwerk gegen die rechtsnationale Entwicklung in Europa und ein Friedensprojekt. Das ist eine dreifache brandgefährliche Lüge! Das Gegenteil ist wahr! Die EU

entlarvt sich als das wozu sie schon gegründet wurde: als das direkte Vollzugsorgan des Finanzkapitals:

**1)** Die Regierungspolitik macht uns nicht, wie Faymann und Co behaupten, weniger abhängig von den Märkten – sie treibt uns mit ihrer Politik: Gewinne privatisieren, Verluste verstaatlichen – Milliarden für die 1%, jeden Tag mehr in die Abhängigkeit von den Großaktionären. Die EU ist keine Solidargemeinschaft, wie ihre Agenten behaupten, sie ist eine Profitgemeinschaft von 1% auf Kosten von 99% der Menschen.

**2)** Die Ausplünderung der Menschen bzw. die Bedrohung ihrer Existenzgrundlagen und der Demokratieabbau in der EU treibt die Menschen den rechten Rattenfänger geradezu in die Arme.

**3)** Die EU ist nicht, wie die Oberen behaupten, ein Friedensprojekt. Sie wird immer mehr zum Kriegsprojekt.

**Für die EU-Herrschenden** und für die Machthaber in den einzelnen Ländern ist die sog. Schuldenkrise nur ein Vorwand uns noch weiter und noch mehr auszunehmen und bislang geltende demokratische Spielregeln teilweise oder ganz außer Kraft zu setzen, um das Profitmachen – sei es wirtschaftlich, sei es militärisch und letztlich kriegerisch – ungehinderter durchsetzen zu können.

**Für die USA und die großen EU-Mächte** ist der (Wirtschafts-)Krieg eine Fortsetzung ihrer Politik der Profitmaximierung.

**An Griechenland wird ein Exempel statuiert:** Wie plündere ich ein Volk total aus und stelle das so dar, als ob die arbeitenden Menschen dort daran schuld trügen und nicht das bestehende Machtsystem der Profitmaximierung in Wirtschaft und Politik mit immer offener werdenden diktatorischen Mitteln.

#### **WIR SOLLEN GLAUBEN ...**

... bei uns geht es ja noch viel besser als in Griechenland, Spanien oder Italien

... wenn wir nicht spüren, dann blüht uns das Gleiche

... dass es anders als so nicht gehe, wir uns dem eben beugen müssten.

#### **WIR ABER WISSEN**

Unser Beugen jedoch macht die Obersten 1% erst recht reich und stark auf unserem Rücken. **Wir müssen sie an ihrer menschenfeindlichen Politik hindern! Bezahlt wird nicht, gehorcht wird ihrem Diktat nicht, kann daher nur die Devise sein!**

*(Quelle: GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg Nr. 1/12 – Titel, Zwischentitel und leichte Ergänzungen durch die ÖSK-Redaktion)*

## **DAS PROGRAMM DER HERRSCHENDEN**

# **Das Schuldenproblem lösen wir mit Krieg!**

**US-Regierungsberater:** Aus einem Interview in der «Sonntagszeitung» (SZ, 27.2.2011).

**SZ:** Werden die USA das Schuldenproblem lösen können? **Parag Khanna:** Nein. **SZ:** Das ist eine kurze Antwort. **Parag Khanna:** Es wird keinen Staatsbankrott geben, aber der Wert der Schulden wird verringert werden müssen, sei es durch einen Handelskrieg oder einen echten Krieg. Unsere Schulden sind unbezahlbar geworden. (Parag Khanna, US-Aussenpolitikexperte und Regierungsberater im Team von US-Präsident Barack Obama, Direktor beim Thinktank New America Foundation, ab 2007 Berater der US-Streitkräfte und ab 2008 im Wahlkampfteam von Barack Obama)

## **ÖIAG**

# **Im Privatisierungskorruptionssumpf**

Seit Juli 2011 ist Markus Beyrer von der Industriellenvereinigung (IV) neuer ÖIAG-Chef. Laut ihrer Homepage ist die IV "eine Interessenvertretung auf freiwilliger Basis mit derzeit rund 3.500 Mitgliedern" und versteht sich als "Lobbyorganisation". Sie "verfügt über gute Kontakte zu Politik und Meinungsbildnern sowie über ein weit verzweigtes Beziehungsnetz." Oh ja! Das Beziehungsnetz hat - wie schon in vergangenen Jahren z. B. bei der von der IV gesponserten Homepage von Ex-Finanzminister Karl Heinz Grasser - funktioniert: Jetzt leitet die ÖIAG ein direkter Interessenvertreter von ein paar Tausend Privatindustriellen. Was das bedeutet? Vor 20 Jahren hatte die ÖIAG noch 20 Beteiligungen, jetzt sind es nur mehr 3 (Telekom, Post, OMV) und die Fimbag, das ist die Bankengesellschaft, die die Staatsgelder an die Banken gibt. Die IV will über die ÖIAG weitere Privatisierungen abwickeln. Kandidaten: Bundesimmobiliengesellschaft (BIG), die Bundesländer-Flughäfen und die Landesenergieversorger, bei Post, Telekom Austria und OMV

(sie gehören zur ÖIAG), EVN, Verbund und Flughafen Wien. Da derzeit die Politik noch nicht für einen weiteren "Privatisierungsauftrag" von der IV weichgeklopft ist, hat der ÖIAG-Chef Beyrer nicht viel zu tun. Oder doch? Als Aufsichtsratspräsident der Telekom hätte er den dortigen Korruptionssumpf aufklären sollen. Entgegen Beyrers Behauptung mit dem der Korruption verdächtigten VP-nahen Lobbyisten Alfons Mensdorff-Pouilly nichts zu tun zu haben bzw. -Waffen-Grafen im Burgenland und hat auch gegen Interventionen aus dem Innenministerium, mögliche Verwicklungen des Lobbyisten Alfons Mensdorff-Pouilly in die Telekom-Affäre "nicht zu offensiv zu kommunizieren", nichts unternommen. Ist dieser Mann noch seine 500.000 Euro Jahreslöhner wert? Ja, denken sich FP-VP und IV, wenn er dichtet. VP-Fekter, als Eigentümervertreterin, aber offensichtlich auch SP-Kanzler Faymann, werden ihm sicher die Stange halten ...

## Wohin die Reise geht ...

... wenn die arbeitenden Menschen dem nicht Einhalt gebieten:

*„Schulden durch neue Schulden zu bekämpfen funktioniert nicht. Irgendwann geht das Geld aus. Die Frühjahrstagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Washington wird zeigen, wie nah dieser Punkt schon ist.“*

„Es wird Inflation passieren“, Monika Gehring-Merz, Ökonomin der Universität Wien.



plattform25 Demo gegen Sozialabbau

*Durch all die Haftungen für Griechenland und andere Länder „wird Unfrieden gesät“, meint der deutsche Ökonom Hans-Werner Sinn und konstatiert: „Aus Nachbarn wurden Gläubiger und Schuldner.“*

(Alle Zitate aus: Die Presse, 19.4.2012)

## Abo- und Spenden-Einzahlungen

**Liebe Kolleginnen und Kollegen!**

**Diese Ausgabe enthält keinen Zahlschein.** Deshalb ersuchen wir Abo und Spenden per Überweisung auf unser Konto wie folgt zu tätigen:

**EmpfängerIn:** W. Leisch,  
**Verwendungszweck:** ÖSK, Abo / Spende,  
**Konto-Nr.:** 00079-348-267  
**BLZ:** 60000 oder:  
**BIC:** OPSKATWW,  
**IBAN:** AT986000000079348267

Danke!

Wir machen die Zeitschrift ausschließlich ehrenamtlich, trotzdem entstehen Kosten für deren Herstellung oder die Betreuung des Webs. Bei allen unseren Abonnenten und Spendern bedanken wir uns herzlichst für die Unterstützung auf die wir im Sinne unserer gemeinsamen Arbeit weiterhin und mehr denn je angewiesen sind.

Mit solidarischen Grüßen, Österr. Solidaritätskomitee  
[oesolkom@gmx.at](mailto:oesolkom@gmx.at) <http://proSV.akis.at>

## Wer ist das Österreichische Solidaritätskomitee?

1981 haben 10.000 Menschen aus der ganzen Region Judenburg in der Steiermark für die Erhaltung des Stahlstandortes demonstriert und so ihren Willen durchgesetzt. Zur Unterstützung der kämpfenden Arbeiter hat sich damals das "Österreichische Solidaritätskomitee" gegründet, weil der Widerstand gegen die Zusperrer und Sarnierer im Interesse aller arbeitenden Menschen liegt und die Betroffenen nicht alleingelassen werden dürfen.

**Wir sind ein Forum** von Kolleginnen und Kollegen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen.

Das "Österreichische Solidaritätskomitee" erhält sich ausschließlich von Mitgliedsbeiträgen und von den Spenden seiner AktivistInnen, Abonnenten und Unterstützer.

**Ich möchte die Zeitschrift "Solidarität – unsere Chance" beziehen:**

- Ich will eine Probenummer testen.
- Ich will ein Abo (4 – 5 Ausgaben pro Jahr) zum Preis von € 6,- (Solidaritätspreis € 12,-)
- Ich bin an weiterem Infomaterial interessiert.
- Ich bin an Treffen interessiert.

**Name:** \_\_\_\_\_

**Adresse:** \_\_\_\_\_

**Telefon:** \_\_\_\_\_

**e-mail:** \_\_\_\_\_

110/12

**Einsenden an:**  
**Österreichisches Solidaritätskomitee**  
**Stiftgasse 8, 1070 Wien**  
**oesolkom@gmx.at**

### Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion:  
Österreichisches Solidaritätskomitee – Verein zur Unterstützung der arbeitenden Menschen  
Stiftgasse 8, 1070 Wien, ZVR 188951949

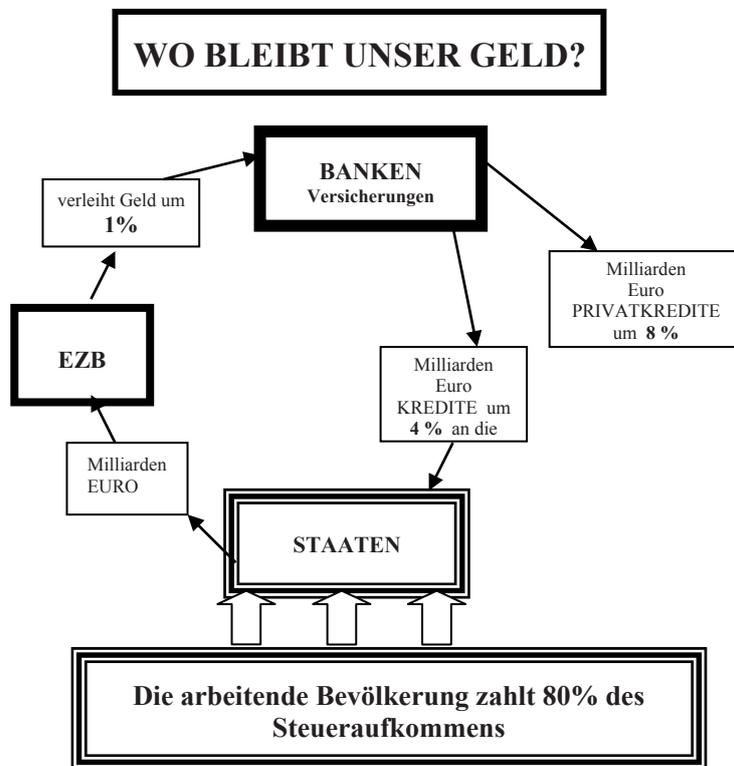
Erscheinungsort Wien, P.b.b.,  
Verlagspostamt 1070 Wien,  
"Sponsoring Post" GZ 02Z030772 S

### Offenlegung nach § 25 Mediengesetz:

Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift „Solidarität unsere Chance“ ist zu 100 % das „Österreichisches Solidaritätskomitee – Verein zur Unterstützung der arbeitenden Menschen“, Stiftgasse 8, 1070 Wien.

Vorstand: W. Leisch, P. Düringer, H. Schmitz.

Die grundlegende Linie der periodischen Druckschrift ist die des obgenannten Vereins.



## **DIE STAATSSCHULDEN SIND DIE GEWINNE DER BANKEN & KONZERNE, SIND RAUB AN ARBEITSPLÄTZEN, LÖHNEN UND SOZIALLEISTUNGEN**

Nicht der Sozialstaat verursacht die Staatsschulden, sondern die Umverteilung des Geldes von der Masse der arbeitenden Menschen zu den Banken, Versicherungen, Konzernen, Spekulanten

Der EU-Wirtschaftspakt (die sogenannte Schuldenbremse) heißt nicht Schuldenabbau, sondern Sozialabbau und letztlich Demokratieabbau. Er ist ein EU-Diktat im Dienste des Kapitals.

**Wir sollen glauben, dass**

- Staatsschulden unvermeidbar bei uns Kürzungen zur Folge haben
- die Reichen endlich zur Kasse gebeten werden ( Abkommen mit der Schweiz)
- die Kürzungen im Sozialbereich und bei den Löhnen notwendig sind
- wir über unsere Verhältnisse leben

**Wir aber wissen, dass**

- dass der sogenannte Stabilisierungspakt nur die Gewinnzuwächse der Reichen steigert
- noch so viele Milliarden für die Banken und ihre Großaktionäre unsere Lebensbedingungen nur verschlechtern
- die Fortsetzung der aktuellen Politik die Krise nur weiter verschärft

**NÄCHSTES TREFFEN: 7. Mai 2012,  
Amerlinghaus, Stiftgasse 8,  
1070 Wien, 19.30 Uhr**